

Sehr geehrte Damen und Herren,

freue mich, dass Sie so zahlreich zu der Kooperationsveranstaltung meines Hauses mit dem deutschen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Philipps-Universität Marburg gekommen sind. Es ist die zweite Fachtagung, die wir auf Landesebene in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem deutschen Netzwerk für seelische Gesundheit durchführen, um wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen im Austausch verschiedener Professionen zusammenzuführen. Dass dieser erfahrungswissenschaftlich fundierte Austausch möglich ist, dafür möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen, Herrn Professor Röhle, bedanken. Mein Dank gilt ebenso den Referentinnen und Referenten, die heute mit ihrer Expertise ein breites Spektrum aufdecken.

„Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen“—dies ist ein weit gespannter Bogen. Er reicht von Frühen Hilfen über Prävention im schulischen Bereich über Kindern kranker Eltern bis zu Kindern in prekären Situationen und destruktiven sozialen Netzen—um nur einige der Themenblöcke zu benennen. Eines ist aber all diesen Themen gemeinsam: sie provozieren die Frage nach den Bedingungen für eine gelingende Lebensbewältigung für Kinder und Jugendliche und die Frage nach den Möglichkeiten, diese Bedingungen zu schaffen und zu unterstützen.

Als Familienministerin ist es mein Ziel, gute Bedingungen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien zu schaffen und strukturell voranzubringen. Familienpolitisches Handeln mit dem Gesundheitsthema zu verknüpfen, halte ich hierbei für eine wichtige und unabdingbare Herausforderung.

Die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Situationen zu verbessern, erfordert einen multiperspektivischen Blickwinkel. Ein richtiger und wichtiger Zugang hierbei ist die Verknüpfung von Kinder- und Jugend-

hilfe und den Gesundheitshilfen. Systemübergreifende Hilfen, wie dies etwa bei frühen Hilfen der Fall ist oder bei der Kooperation von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Inhaltlich leitend für ein solch systemübergreifendes Denken sind die Erkenntnisse über Risiko- und Schutzfaktoren bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, über die wir heute verfügen. Entscheidend sind weiter Fragen nach entsprechenden förderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und eine enge interdisziplinäre Kooperation.

Für Rheinland-Pfalz möchte ich drei Ansätze herausgreifen, die für mich beispielhaft die Thematik illustrieren: Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen das Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ durchgeführt, das die frühe Förderung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenz zum Ziel hat. Damit ist es ein Modell zur Prävention von etwaigen Vernachlässigungen und Kindeswohlgefährdungen im frühen Lebensalter. In Rheinland-Pfalz werden wir auch nach Abschluss der Modellphase die erfolgreichen Kooperationsmodelle unterstützen und begleiten. Wir tun dies auch jetzt schon, etwa durch finanzielle Unterstützung, durch Beratungstage oder Workshops.

Ein weiteres Beispiel ist das Projekt „Hilfen aus einer Hand“, das das Gesundheits- und Sozialressort gemeinsam mit der Familienabteilung entwickelt haben. Ziel ist die Umsetzung eines gemeinsamen Hilfeverfahrens in den Fällen, in denen die Jugendhilfe als auch der Eingliederungshilfe aktiv werden.

Als drittes Beispiel möchte ich abschließend eine aktuelle Kooperation zwischen Gesundheitsministerium und der Familienabteilung meines Hauses benennen: Auf der Ebene Jugendhilfe einerseits und Kinder- und Jugendpsychiatrie andererseits arbeiten Jugendämter und Akteure der Kinder- und Jugendpsychiatrie an Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit. Mit Moderation der beiden Ministe-

rien sollen Handlungsstrategien und Arbeitshilfen in diesem schwierigen Kooperationsfeld weiterentwickelt und optimiert werden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf allen politischen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – und mit allen Akteuren und Kooperationspartnern die Fragen beantworten müssen, wie wir die Systeme übergreifend fachlich und finanziell intelligent steuern können. Systemübergreifende Hilfen sind ein Schritt in die richtige Richtung – sie wurden bereits im 13. Kinder- und Jugendbericht im Jahr 2009 angemahnt. Aber – wie wir dies bei den aktuellen Diskussionen um das neue Bundeskinderschutzgesetz sehen – es fehlt auf Bundesebene an der Umsetzung dieser als richtig erkannten Zielsetzung. Das Land Rheinland-Pfalz setzt sich deshalb dafür ein, die Einbindung des SGB V im Bundeskinderschutzgesetz zu verankern. Im Bundesrat haben wir entsprechende Vorschläge eingebracht. Als Familienministerin werde ich auch weiterhin dafür streiten, nicht nur allgemein von Kooperation und Vernetzung der Systeme zu sprechen, sondern dies auch im konkreten politischen Handeln zu verankern.

Irene Alt

Ministerin für Integration, Familie,
Kinder, Jugend und Frauen